

Kriegsfürsorge vom Juli 1928, soweit es sich um die versprochene Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen handelt, ausgeblieben ist.

Die Versammlung erwartet von der Reichstagsfraktion eine klare Stellungnahme, die eine Mitverantwortung der Partei für die Bewilligung der ersten Rate zum Panzerkreuzer A ausschließt, gleichzeitig aber die Bewilligung der weiteren Raten für den Kreuzer A und die Kreuzer B, C, D verhindert.

Die Reichstagsfraktion hat sofort die Einberufung des Reichstages zu verlangen, damit eine Entscheidung des Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers herbeigeführt werden kann. Hält die Mehrheit des Reichstages an dem Bau des Panzerkreuzers fest, so hat die Sozialdemokratie ihre Vertreter aus der Regierung zurückzuziehen.

Wir fordern, daß erst ein außerordentlicher Parteitag zur schnellen Klärung des Falles einberufen wird.

Bezirksvorstand der SPD Ostschlesien und
Funktionärkonferenz der SPD Groß-Dresdens.

Der Versammlungsbericht

Ueber den Verlauf der Funktionärversammlung und die Ausführungen Aufhäusers und der Diskussionsredner erhalten wir heute morgen folgenden Bericht:

Landtagsabgeordneter Wedel eröffnet die Tagung mit dem Hinweis auf die ungeheure Bedeutung des Beschlusses im Kabinett und schildert als Teilnehmer einer Vorbereitungsbesprechung in Berlin, wie der Panzerkreuzerbeschuß zustande gekommen ist. Aufhäuser erklärt, daß mit dem Beschuß, den Panzerkreuzer zu bauen, die deutsche Sozialdemokratie einen zweiten 4. August 1914 erleidet. Die Stellungnahme und die Zustimmung der Ministergenossen habe sich in einer Katastrophe für die Partei entwickelt. Die Umstände, unter denen der Beschuß zustande gekommen ist, ändere an der Tragweite des Beschlusses nichts. Die Minister seien in die Regierung gegangen als Vertreter von 9 Millionen sozialdemokratischen Wählern. Vor dem Regierungseintritt seien neben grundlegenden Festlegungen für die Koalition bei keinem Mitglied der Fraktion einschließend der 4 Minister irgendwelche Unklarheiten darüber gewesen, daß alle Energien darauf konzentriert werden sollten, den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Er sei der Auffassung, daß nicht nur die 4 Minister keinerlei Energie aufgewandt hätten, sondern daß die Schmach bereits verloren gewesen sei, noch ehe sie begonnen habe. Dann behandelt Aufhäuser die Entschuldigungen der sozialdemokratischen Minister im Vorwärts, die ihre Haltung mit etatistischen Hindernissen begründen. Das alles seien jedoch bewußte Verschleierrungen. Es gäbe keine Entschuldigungen.

Dann zieht Aufhäuser eine Parallele mit den Ereignissen von 1923. Die damaligen Fehler, er erinnert an das Ermächtigungsgesetz, seien, so schwer sie auch waren, unter Beachtung der damaligen Umstände, Ruhrbesetzung usw., noch immer zu entschuldigen gemein. Diesmal aber gäbe es keinen Grund zur Entschuldigung. Trotzdem sei es aber „auch in der Koalition möglich“, Rückgrat zu bewahren. Beim Kampf um den 11. August hätte die Partei ihren Mann gestanden, ebenso bei der Lohnsteuer, obwohl praktisch nichts erreicht worden sei. Eine Koalition könne nur fortgeführt werden (!), wenn ein enger Kontakt der Minister über den Parteivorstand zu der Arbeiterklasse hergestellt worden wäre. Der Druck der Massen muß solche Fälle unmöglich machen. Aufhäuser erklärt, die Minister hätten das Vertrauen der neun Millionen Wähler. Sie genossen kein Vertrauen mehr in der Partei. Dann fordert er den Austritt aus der Koalition und richtet scharfe Angriffe gegen den Vorwärts und die Erklärung der Minister, die er als unerhört bezeichnet. Die Argumentationen der Ministergenossen seien nichts als Fiktion. Wenn er anderer Ansicht darüber sei, wäre er ein Idiot. Die Agitation gegen den Panzerkreuzer wäre der Wahlkämpfer gemein. Zur gleichen Stunde, als in Brüssel die Ablehnung gefordert worden wäre, erfolgte der Beschuß, den Panzerkreuzer zu bauen. (Stürmische Witze.) Bei dem Antrag auf Verlängerung der Kriegsfürsorge habe Hilferding erklärt, daß er 300 Millionen Defizit habe. Groener aber wolle erst Einsparungen im Etat vornehmen. Das hätte die Minister verpflichtet, den Panzerkreuzer erst recht abzulehnen und auf Drohung des Wehrerats zu dringen, um dann die Kriegsfürsorge zu verbessern. Aufhäuser fordert dann eine Reformbewegung in der Partei. (Stürmische Zwischenrufe aus der Versammlung: „Schmeißt sie heraus!“) Dann erklärt Aufhäuser, daß Rücksichten auf Personen fallen müßten. Aufhäuser wagt angesichts der Stimmung nicht, gegen die Kommunisten offen zu gehen. Er erklärt nur, die Kommunisten in Sachen sollten die Art ihrer Kampfmethode gegen die Opposition unterlassen, sollten vielmehr versuchen, Anstoß an die Opposition der SPD zu gewinnen. Auf die heutige Art und Weise des Kampfes der SPD gehe es aber nicht. Zum Schluß mahnt er die Funktionäre, trotz des ungeheuren Schlages keine Passivität in der Partei einzutreten zu lassen, die Partei werde doch liegen. (Aus der Versammlung ertönen die Zwischenrufe: „Das alte Lied! Wie immer!“) Stürmische Bewegung im ganzen Saal.)

Die Debatte

Vor Eintritt in die Diskussion fordert der linke Geißler, daß die Debatte unterbleiben solle. (Minutenlanges Lärm im ganzen Saal.) Fabian widerspricht. Die Debatte wird beschlossen. Kleißner stellt sich grundsätzlich auf den Boden der Ausführungen Aufhäusers, doch keine Schlussfolgerungen hätten ihm nicht gefallen. Die SPD-Presse habe sich in der Panzerkreuzerfrage gut gehalten. Als er auf dem Brüsseler Kongress gewesen sei, habe er Kenntnis davon erhalten, daß der Kabinettsbeschuß über den Panzerkreuzer bevorstehe. Das sei für ihn Veranlassung gewesen, die deutsche Delegation zusammenzunehmen. Man habe gemeinsam ein Telegramm an die Ministerkollegen abgeschickt in dem dringend gefordert wurde, die Minister sollten unter allen Umständen den Panzerkreuzerbeschuß verhindern. Alles habe jedoch nichts genutzt. (Bei diesen Ausführungen bemächtigte sich der Versammlung eine ungeheure Entrüstung. Große Bewegung und Zwischenrufe der Delegierten.) Kleißner zieht dann eine Parallele zwischen dem Panzerkreuzer und dem Ermächtigungsgesetz und ruft dann aus:

„Niemand erträgt das mehr!“

Wenn die Kapitalistenklasse überwunden werden soll, müßten die Arbeiter zu ihrer Partei stehen. Seit langer Zeit sei jedoch die Partei nicht wieder in eine so kritische Lage geraten. Würde diese Politik fortgesetzt dann würde

die Partei ein Heer von Offizieren und Unteroffizieren,
aber ohne Soldaten

sein. Durch die Darstellungen im Vorwärts werde der Beweis erbracht, daß die Öffentlichkeit durch die Agitation gegen den Panzerkreuzer belogen worden sei. Der Vorwärts blamiere die Partei. (Als der Vorwärts genannt wird, rufen die Delegierten: „Rückwärts!“) Das Zentralorgan finde für jede, auch noch so große Dumtheit (!) unbedenklich irgendwelche Widerstandsgründe. Kleißner fordert, daß die Minister ihre Konsequenzen ziehen. Der Jungsozialist Wagner erklärt: Die Zukunft hat uns die Koalition besichert. Der Fall zeigt, was noch kommen wird.

Die Partei ist den Massen entfremdet.

Das ist der Erfolg der Regierung der Köpfe. Die vom Bezirksvorstand eingebrachte Entschließung ist zu sauer. Er werde eine andere einreichen. Die Lage für die Funktionäre in den Betrieben werde unerträglich. Man könne sich gegenüber den Angriffen der Kommunisten nicht mehr durchsetzen. Mehrert bekennt sich zu den Ausführungen Aufhäusers. In der Partei befinden zwei Lager: Sachsen — Berlin. Die Opposition in der Reichstagsfraktion werde mundtot gemacht. Er fordert eine Politik des Klassenkampfes. Der Panzerkreuzer sei die Frucht der Koalitionspolitik. Das Schicksal der Partei sei das Schicksal der Bürgerlichen in der Koalition entmerkt werde.

Die Generale haben über „unsere größten Staatsmänner“

Der Vorwärts lehnt ab

Volksentscheid bei Parteigeschäft — Hege gegen Kommunisten

Berlin, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Der heutige Morgen-Vorwärts scheidet zum Volksentscheid über den Panzerkreuzer: „Einheitsfrontmanöver, kommunistisches Kriegsgeschrei. Die Kommunisten versuchen, aus der Panzerkreuzerangelegenheit ein Parteigeschäft zu machen. Zunächst ist rechtlich folgendes zu sagen: Die Möglichkeit, eine Etatkommission anzusetzen, ist durch einjähiges Gesetz im Reichstag gegeben. Nach Artikel 73 Absatz 4 der Reichsverfassung kann über den Haushaltsplan, über abgegebene Gesetze und Gesetzesverordnungen nur der Reichspräsident einen Volksentscheid erlassen. Politisch bedeutet der Beschluß der SPD die Einleitung einer sogenannten Einheitsfrontkampagne. Es ist eines der größten Spaltungsmanöver der SPD. Man sieht in der Notiz Folgendes: „Naherparlamentarische Mobilisierung gegen die Kriegsvorbereitungen der SPD-Minister!“ Man liest von Rüstungen gegen die Sowjetunion. Dieses Karolengeschrei ist ebenso lächerlich wie erlogen. Erstens leben Deutschland und Rußland in freundschaftlichem Vertragsverhältnis, zweitens ist Rußland militärisch zu Wasser und zu Lande dem entwaffneten Deutschland überlegen, drittens wärmt der Vorwärts den sogenannten Granatenjünger wieder auf und schlägt:

„Die Kommunisten sind begehrte sowjetrussische Militärrufen. Sie schwären auf den Krieg und hoffen auf ihn. Ihr Geschrei ähnelt dem Geschrei der französischen Nationalisten, die, waffenstark, sich von dem abgerüsteten Deutschland bedroht fühlen, um die Rüstungen der eigenen Regierung zu rechtfertigen.“

Diese Stellungnahme des Vorwärts ist die Stellungnahme des Parteivorstandes und entspricht durchaus dem Kurs der Panzerkreuzerpolitik in der Reichsregierung. Wir sind überzeugt, der ehrliche Wille der sozialdemokratischen Arbeitermassen hat mit der Stellungnahme des Vorwärts nichts gemein. Die breiten Massen werden über die Köpfe der Panzerkreuzerpolitiker hinweg sich auf die Seite der Kommunisten stellen. Die Begründung des Vorwärts, der Volksentscheid sei ein Manöver und ein Parteigeschäft der Kommunisten, ist dieselbe wie bei dem Volksentscheid über die Fürstenabfindung. Die SPD-Arbeiter werden auch diesmal der verbrecherischen Politik des Parteivorstandes die Gefolgschaft verweigern und die außerparlamentarische Einheitsfront gegen die Kriegstreiber und ihre Lakaien gemeinsam mit den Kommunisten herstellen.

Hilferding organisiert Täuschungsmanöver

Arbeiter, laßt euch nicht erneut betrügen!

Wie die gut informierte Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, führte Hilferding Besprechungen mit den in Berlin weilenden sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem Zweck, „beruhigend und ausgleichend zu wirken“. Hilferding soll einen „Vermittlungsvorschlag“ gemacht haben, der darin besteht, den Einbruch des Panzerkreuzerbeschlusses durch neue Kabinettsbeschlüsse (Kriegspolitische Natur) wettzumachen.

Was man sich darunter vorstellen kann, ist klar. Vielleicht werden zu den monatlichen 30 Pf., die Hilferding den Arbeitern schenkte, noch einige Pfennige Steuererlaß hinzu kommen. Hilferding hat schon anlässlich der Krise der Koalitionsoverhandlungen „die rettende Idee gehabt“, das Kabinett der Köpfe vorzuschlagen. Jetzt will er seine Rettung retten. Hilferding überlebt aber den Sturm in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, der sich diesmal nicht mit ein paar Steuererlassen beschwichtigen lassen wird. Sein Beschwichtigungsmanöver, das nur ein Zeichen der korrupten Wechsellagerung der ganzen Hilferdingpolitik ist, kann den Massensturm gegen die Panzerkreuzerpolitik nicht aufhalten.

Wir Funktionäre sollen nicht verzagen, so sagt man uns, wir tun das auch nicht. Alles aber hat jedoch seine Grenzen. Das ist keine proletarische Politik mehr.

Ein anderer Diskussionsredner: Man kann fast den Kommunisten recht geben, wenn sie uns sagen: Ihr seid verraten, der Redner fordert den Heraustritt der Minister aus der Partei.

Tom Sender erklärt, die sächsische Opposition müsse so stark sein und gemacht werden, daß die Führer gezwungen werden, den richtigen Weg zu gehen.

Fabian verweist auf das Auftreten Senerlings in Köln, der nicht gewußt habe, daß es eine Arbeiterparteibewegung gibt. Während die sozialdemokratischen Führer zum Wiener Sängertag nationalpolitische Töne geschwungen hätten, sei man zum Arbeiterlängertag in Hannover fast nicht vertreten gewesen. Es gäbe sehr kein Wenn und Aber mehr. Die Entscheidung müsse sein: Weg mit der Koalition!

Aufhäuser erhält das Schlusswort und erklärt, daß die Berliner Opposition auf demselben Standpunkt stehe wie die sächsische. Es wäre nicht richtig, wenn er beauftragt würde, die Wünsche der sächsischen Opposition in der Reichstagsfraktion zu vertreten.

Darauf erfolgt die Abstimmung über die Resolution des Bezirksvorstandes, die gegen 10 Stimmen angenommen wird. 2 weitere Resolutionen, die des Jungsozialisten Wagner und eine Resolution der Cottauer Parteigenossen werden nicht zur Abstimmung gebracht.

Die von der kommunistischen Partei an die Delegierten verteilten Briefe sowohl als auch die Arbeiterstimme, die eingehend zum Panzerkreuzerstand und zur Trionnerversammlung Stellung genommen hatte, wurde von den Delegierten mit größter Aufmerksamkeit gelesen und bildete den Gegenstand großer Diskussionen der Delegierten.

Berliner Sozialdemokraten für Panzerkreuzer

SPD-Magistrat lehnt kommunistischen Einspruchsantrag ab

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Magistrat nahm in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz der SPD-Stadträtin Beschl. Stellung zu dem von den Kommunisten eingebrachten Antrag. Der Antrag verlangt vom Magistrat, die preussische Regierung im Reichsrat zu veranlassen, um gegen den Panzerkreuzerbau zu intervenieren. Nicht ein einziger von den SPD-Stad-

Verbot des Leipziger Treffens versucht!

Kasernenbrand wird zur Rot-Front-Hege gebraucht!

Leipzig, 17. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Donnerstag brannte in Leipzig-Mitte der Dachstuhl der Polizeikaserne nieder. Wie die Polizei mitteilt, ist dieser Dachstuhlbrand auf Brandstiftung zurückzuführen, da bei der ersten Untersuchung 10 bis 12 Brandstellen entdeckt wurden, die auf vorzüglich angelegte Brandstiftung schließen lassen. Der Brand ist angeblich gerade an der Stelle der Kaserne angelegt worden, die für die Unterbringung der zum Mitteldeutschen Treffen des KKB von auswärts zugezogenen Polizeikräfte dienen sollte.

Die Leipziger Neuzeit Nachrichten, das Blatt des Stahlhelms und des Verbandes sächsischer Fabrikarbeiter erklärt in seiner Nummer vom Freitag dem 17. August, daß es eigenartig sei, daß dieser Brand drei Tage vor dem Roten Treffen in Leipzig angelegt wurde, und daß das Feuer gerade in den Räumen ausbrach, in die die von auswärts herbeigerufenen Verstärkung der Schutzpolizei für das Rote Treffen einquartiert werden sollte. Die Leipziger Neuzeit Nachrichten, die bereits in den letzten Wochen eine wühlende Hege-Kampagne gegen den KKB mit dem Ziele geführt hat, das Verbot des mitteldeutschen Treffens zu erreichen, übertrifft mit dieser letzten Behauptung noch die Tage- und Nacht Ausgabe Dagenbergs, die beim 3. Reichstreffen in Berlin 1926 behauptet hatte, der KKB habe ganze Ladungen russischer Gewehre bekommen, um Flingeln in Berlin die Macht an sich zu reißen. (Eiter stellte sich heraus, daß der Reichstreff der Hugenbergorgane ein paar KKB-Kameraden mit Holzgewehren versehen hatte, die für eine Theateraufführung bestimmt waren.)

Mit dieser neuesten Schuttschiffel versucht die L. N. N. nach in letzter Minute ein Verbot des mitteldeutschen Treffens herbeizuführen. Ein Versuch, der jetzt die scharfe Antwort des gesamten mitteldeutschen Proletariats herausfordern muß. Da man nicht wagt, mit politischen Argumenten gegen den KKB vorzugehen, verpöcht man sich mehr von einer Infiltration des KKB als eine Bande von Brandstiftern.

In diesem Zusammenhang erzählt die Arbeiteröffentlichkeit durch das Organ des Stahlhelms, daß der Leipziger sozialdemokratische Polizeipräsident Kleißner eine große Polizeiveranstaltung nach Leipzig zusammengezogen hat, um großen Reue, liegt klar

keiten stimmte für diesen Antrag. Er wurde mit allen gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Sozialdemokratische Arbeiter! Das ist die praktische Auswirkung der Opposition der linken Führer! Kämpft nicht nur gegen den offenen Verrat der Hermann Müller, sondern auch gegen den schleichenden der Aufhäuser, Sender, Geißler und Künstler!

Die Militarrufen wittern Morgenluft

Hindenburg-Rebe beim Hilfskreuzer „Gemein“

Bremen, 17. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand der Stapellauf des zweiten riesigen Luxusdampfers des Norddeutschen Lloyd in Bremen statt. Nachdem gestern die Taufe der „Europa“ in Hamburg erfolgt war, war in Bremen der reaktionäre Reichspräsident Hindenburg persönlich erschienen, um den Stapellauf des Schiffes zu einem großen nationalen Kummel zu gestalten. In seinem Gefolge erschien der Wehrkreiskommandant Generalfeldmarschall von Bülow, der Chef der Marine der Nordsee, Admiral Bauer, und viele andere Wehrdienstleiter. Eine Ehrenkompanie folgte für den Pomp nach außen.

In seiner Taufrede erinnerte Hindenburg an die riesigen Subventionen, die die Reichsregierung den großen Schiffahrtstrüben zum Neubau ihrer Luxusdampfer in die Taschen stecken ließ:

„Als die harten Bestimmungen des Vertrages von Versailles Deutschland seiner Flotte über die See flote beraubten, ging die deutsche Schiffahrt, vom Reiches opferwillig unterstützt, in ungebrochenem Mut in diesem Glauben an die Zukunft, an den Wiederaufbau dessen, was hier zerstört und genommen war. Auch in den schwersten Tagen hat Deutschland den Glauben an eine neue deutsche Zukunft auf See niemals verloren.“

Der Bau der beiden Riesenschiffe von je 46.000 Tonnen rückt die Schiffahrt des neudeutschen Imperialismus wieder an die 4. Stelle in der Weltschiffahrt. Im Schiffbau steht Deutschland bereits wieder an 2. Stelle der Welt hinter England. Diese nationalpolitischen Schiffbauten unter persönlicher Anwesenheit Hindenburgs haben aber nicht nur diese Bedeutung für den zu neuer Konkurrenzfähigkeit auftretenden deutschen Kapitalismus.

In Verbindung mit einem ausgedehnten Flottenbauprogramm der deutschen Kriegsmarine und mit dem von den SPD-Ministern neu bewilligten Panzerkreuzer haben die deutschen Riesenschiffe auch eine kriegstechnische Bedeutung, da alle diese Schiffe schon vor dem Weltkrieg als Hilfskreuzer für den Kriegsfall vorgeesehen waren.

auf der Hand. Die Polizei des Herrn Kleißner versucht, durch Provokationen ortsfremder Polizeioffiziere aus der rühmlichst bekannten Polizeischule in Meissen Jagdmanöver herbeizuführen um dann die Handhabe für ein Verbot des KKB zu bekommen.

Die linken Sozialdemokraten, die erst wieder zur Verhinderung der Arbeitermassen eine radikale Hege gegen die Bewilligung des Panzerkreuzers A unternahmen, sind auch hier wieder die Schrittmacher der reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterklasse.

Angesichts der Verleumdungen der L. N. N. und der provokierenden Absichten des Polizeipräsidenten Kleißner, kann es für die mitteldeutsche Arbeiterklasse nur eine Antwort geben:

Jetzt erst recht Massen heraus zum mitteldeutschen Treffen am Sonnabend und Sonntag in Leipzig!

Auftakt zum Volksentscheid

Riesenvorbereitungen für den Leipziger Aufmarsch

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Das am kommenden Sonnabend und Sonntag stattfindende Rote Antikriegstreffen in Leipzig verspricht nach den bisher vorliegenden Meldungen zu einem Riesenaufmarsch der Roten Front zu werden. Außer den Sonderzügen, von denen Berlin allein 7 stellen wird, sind bisher über 300 Lastautos für den Transport bereitgestellt. Der Gau Erzgebirge-Bogland wird allein 32 Lastautos stellen. Der ostschlesische Gau wird mit mehreren tausend Teilnehmern aufmarschieren.

Oktoberfest

Schaupielhaus.

Gestern abend erfolgte Georg Kaisers dreitägige, pausenlos von 4 bis 9 Uhr durchgespielte Komödie „Oktoberfest“ einen starken Darstellungsvergleich, der Antonia Dietrich, Friedrich Lindner, Stella David, Felix Steinböck, Adolf Wehbrück, Frank Oswald und Josef Gießen auf. Aus technischen Gründen kommen wir erst morgen auf das Stück zurück.